

Warum die Preise in West- und Ostdeutschland so stark steigen

28

Wolfgang Nierhaus

Im laufenden Jahr hat sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe deutlich beschleunigt. Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stiegen die Preise in ganz Deutschland im Mai 2001 um 3,5%, das ist die höchste Steigerungsrate seit Dezember 1993. In regionaler Abgrenzung verteuerte sich die Lebenshaltung in Westdeutschland zuletzt um schätzungsweise 3,4%, in Ostdeutschland um 3,8%. Wie sieht die weitere Preisentwicklung aus? Was machte die Berechnung eines gesonderten Preisindex für die neuen Bundesländer erforderlich? Wie hoch ist gegenwärtig die Kaufkraft der D-Mark im Osten im Vergleich zu Westdeutschland?

Energie und Nahrungsmittel als Preistreiber

In der Bundesrepublik hat sich das Preisklima im bisherigen Jahresverlauf verschlechtert. Zu Jahresanfang trat die dritte Stufe der ökologischen Steuerreform¹ in Kraft, die Kraftstoffe und Strom fiskalisch teurer machte. Zudem wurden die Kraftfahrzeugsteuer für ältere und weniger schadstoffarme Pkw sowie die Rundfunk- und Fernsehgebühren angehoben. Insgesamt stieg im Januar 2001 der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland im Vorjahresvergleich um 2,4%, nach 1,9% im Jahresdurchschnitt 1999. Seither hat sich der Preisauftrieb in beiden Teilen Deutschlands nochmals beschleunigt. Maßgeblich hierfür war, dass sich Energieträger erneut spürbar verteuerten. So haben sich die Kraftstoffpreise zwischenzeitlich deutlich erhöht. Auch sind die Preise für Gas und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme, die mit Verzögerung an die Ölpreise gekoppelt sind, stark gestiegen. Hinzu kamen kräftige Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln. Zum einen verteuerten sich – im Gefolge der europäischen Tierseuchen BSE und MKS – Fleisch und Fleischprodukte sowie die Substitute Fisch und Molkereierzeugnisse, zum anderen – witterungsbedingt – saisonabhängige Nahrungsmittel wie Obst und Gemüse. Im Mai 2001 stiegen die Lebenshaltungskosten im Bundesgebiet gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 3,5%, in Westdeutschland schätzungsweise um 3,4% und in Ostdeutschland um 3,8%. Die höhere Inflationsrate in den neuen Bundesländern ist darauf zurückzuführen, dass hier die privaten Haushalte vom Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und Gas sowie von der Erhöhung der Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme stärker betroffen sind als die westdeutschen Haushalte (Statistisches Bundesamt 2000; 2001).

¹ Zu den Ökosteuermaßnahmen, die die privaten Haushalte in Deutschland seit April 1999 betreffen, zählen die sukzessive Erhöhung der Mineralölsteuer und die Einführung einer Stromsteuer. Das zusätzliche Steueraufkommen wird zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge verwendet. Zum Jahresanfang 2001 wurden Benzin und Dieselmotorkraftstoff erneut um 6 Pfennig pro Liter teurer, und die Steuer auf Strom stieg um 0,5 Pf/kWh, was zusammengenommen das Verbraucherpreisniveau in Deutschland um 0,2% erhöhte.

Die Prognose der weiteren Preisentwicklung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit erheblichen Risiken behaftet. Die Furcht vor Angebotsengpässen und die erhöhten Spannungen im Nahen Osten haben den Ölpreis zwischenzeitlich mit nahezu 30 US-Dollar je Barrel (Brent-Oil) auf ein neues Drei-Monats-Hoch getrieben. Nach den neuesten Verlautbarungen der OPEC wird es bis zu einem Sondertreffen am 3. Juli keine Erhöhung der Ölförderung geben, die derzeit bei rund 24 Mill. Barrel pro Tag liegt. Allerdings soll der irakische Förderausfall ausgeglichen werden. Der Irak hatte wegen des Streits mit der UNO um das Öl-für-Nahrungsmittel-Programm einen Exportstopp für Rohöl erklärt. Bisher exportierte der Irak 2,1 Mill. Barrel pro Tag, das sind rund 7 1/2% der gesamten OPEC-Förderkapazität (einschließlich Irak). Preistreibend wirkt im Inland auch, dass in den letzten Wochen die hohe Benzinnachfrage aus den USA für zusätzliche Anspannung auf den europäischen Kraftstoffmärkten sorgte. Schließlich tendiert der Euro gegenüber dem US-Dollar und Währungen anderer Drittländer deutlich schwächer und erreichte zuletzt ein Sechsmonats-Tief. Gegenüber den Währungen der zwölf wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums verlor die europäische Währung von Anfang Januar bis Ende Mai immerhin rund 6%.²

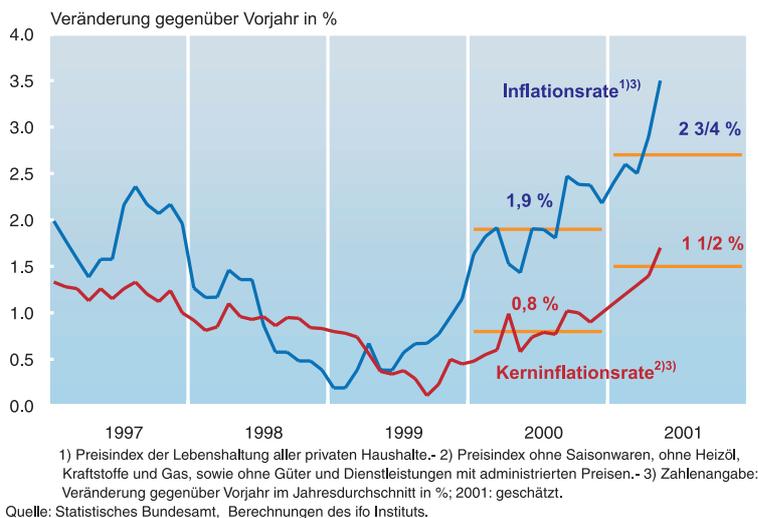
Entscheidend für die Preisprognose auf kurze Sicht ist daher, wie schnell der Preisdruck aus dem Ausland nachlassen wird. Hier wird damit gerechnet, dass die – wohl auch spekulativ überhöhten – Rohölpreise³ allmählich wieder nachgeben werden und die Wechselkursrelation des Euro zumindest nicht nennenswert schlechter wird. Zudem ist der letztjährige Energiepreisanstieg zunehmend in der statistischen Basis enthalten, was die Inflationsdynamik im Vorjahresvergleich in den kommenden Monaten dämpft. Ein Risiko birgt freilich die schwer zu kalkulierende Nachfrage der USA auf den europäischen Kraftstoffmärkten, allerdings sollen sich inzwischen die Lagerbestände in Amerika deutlich erhöht haben. Auch könnte sich Benzin mit der Einführung eines Aufschlags von 3 Pfennig je Liter auf schwefelhaltige Kraftstoffe zum 1. November in Deutschland erneut fiskalisch verteuern.

Unter diesen Voraussetzungen dürfte das Verbraucherpreisniveau in Deutschland im weiteren Jahresverlauf wieder langsamer steigen. Die Kerninflationsrate, die (in

² Binnenwirtschaftlich bewirkt der Wertverlust des Euro, dass sich Vorleistungen und Endprodukte aus dem Nicht-Euro-Raum verteuern, aus dem im letzten Jahr wertmäßig nahezu 60% aller deutschen Importe stammen. Sinkt der nominale effektive Wechselkurs des Euro um 1%, dann steigen – sofern die ausländischen Abgabepreise nicht entsprechend gesenkt werden – die deutschen Einfuhrpreise um 0,6%.

³ Hier wird ein Rohölpreis von 26 US-Dollar je Barrel (Jahresdurchschnitt 2001) angenommen. Diese Preissetzung liegt in der von der OPEC angestrebten Bandbreite von 22 bis 28 Dollar für den Korb der OPEC-Qualitäten. Mit kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten wird nicht gerechnet.

Abb. 1
Inflation und Kerninflation in Deutschland



Abgrenzung des ifo Instituts) die Veränderung der Lebenshaltungskosten ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit administrierten Preisen zeigt⁴, hat sich bis zuletzt nur wenig erhöht (vgl. Abb. 1). Im Mai dieses Jahres dürfte sie schätzungsweise bei reichlich 1 1/2% gelegen haben; mit Ausnahme von Energieträgern und Nahrungsmitteln sind Inflationsimpulse auf breiter Front bisher nicht in Sicht. Binnenwirtschaftlich ist wichtig, dass die Lohnstückkosten wegen der moderaten Lohnabschlüsse, die in vielen Tarifbereichen vorliegen, und dem – im Zusammenhang mit der Ökosteuer – verminderten Beitragssatz zur Rentenversicherung nur mäßig steigen werden. Auch wird der tierseuchen- und witterungsbedingte Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln im weiteren Jahresverlauf wohl allmählich abflauen. Im Vorfeld der Einführung des Euro-Bargelds dürfte aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im Einzelhandel kein nennenswerter zusätzlicher Inflationsschub zu verzeichnen sein; allfällige Preisaufrundungen und -abrundungen dürften sich in etwa die Waage halten. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau im Bundesgebiet im Jahresdurchschnitt 2001 voraussichtlich um 2 3/4% höher sein als im abgelaufenen Jahr. In ähnlichem Ausmaß dürften die Verbraucherpreise in Westdeutschland steigen, während in Ostdeutschland mit einer Inflationsrate um 3% zu rechnen ist. Erst im Jahr 2002 wird die Preissteigerungsrate in Deutschland unter die 2%-Marke fallen.

⁴ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflation diese Gütergruppe zusätzlich aus. Zum Konzept der Kerninflation siehe Landau (2000); Wynne (1999).

Eigener Preisindex für Ostdeutschland erforderlich ...

Zusammen mit dem monatlichen Endergebnis für die gesamte Bundesrepublik veröffentlicht das Statistische Bundesamt seit Mai 1990 regelmäßig einen gesonderten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Ostdeutschland (einschließlich Ostberlin). Für Westdeutschland berechnet das Amt in dieser Abgrenzung bereits seit 1962 einen Preisindex.⁵ Die Berechnung eines eigenen Preisindex für die neuen Bundesländer war deshalb erforderlich, weil das Niveau und (damit zusammenhängend) die Entwicklung vieler Güterpreise in Ostdeutschland zunächst sehr stark von westdeutschen Verhältnissen abwichen. Auch die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern waren deutlich anders als in Westdeutschland.

... wegen unterschiedlicher Preisentwicklung ...

Die außergewöhnlich starke Preisdifferenzierung zwischen West und Ost beim Start der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ging auf die massive staatliche Einflussnahme auf die Preisgestaltung in der ehemaligen DDR zurück: Güter des täglichen Bedarfs (insbesondere Grundnahrungsmittel) und viele Dienstleistungen (öffentlicher Personennah- und -fernverkehr, Energie, Wohnungsmieten) wurden heruntersubventioniert, höherwertige Ge- und Verbrauchsgüter waren dagegen durch produktbezogene Abgaben verteuert worden. Die Versorgung mit verbilligten Gütern und Diensten des Grundbedarfs wurde als »zweite Lohntüte« bezeichnet. Für praktisch alle Gütergruppen bestand bis Ende 1989 eine strikte Preisbindung (Einheitspreise). Für staatliche Preisstützungen für Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs wurden im Jahr 1988 insgesamt 49,8 Mrd. Mark der DDR ausgegeben. Hinzu kamen 16,0 Mrd. Mark für Zuwendungen im Bereich des Wohnungswesens (einschließlich der Aufwendungen für die Energieversorgung). Die zweite Lohntüte bedeutete für jeden DDR-Bürger in jenem Jahr ein zusätzliches Jahreseinkommen von knapp 4 000 Mark. Rein rechnerisch wurde dadurch das Monatseinkommen eines 4-Personen-Haushalts um 1 320 Mark der DDR angehoben (Nierhaus 1991, S. 36).

Mit der Einführung der D-Mark im Gefolge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Juli 1990 stiegen in Ost-

⁵ Ergebnisse für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in Westdeutschland werden vom Statistischen Bundesamt bereits seit dem 2. Halbjahr 1948 bereitgestellt.

deutschland die Preise der zuvor heruntersubventionierten Verbrauchsgüter schlagartig an. Gleichzeitig sanken die Preise vieler Gebrauchsgüter infolge des Fortfalls von staatlichen Abschöpfungen und des nun frei verfügbaren Angebots an preiswerterer Westware kräftig. Unverändert blieben zunächst die günstigen Wohnungsmieten und die niedrigen Preise der meisten anderen staatlich administrierten Waren und Dienstleistungen. Diese wurden erst in den folgenden Jahren schrittweise angehoben, um zu kostendeckenden Preisen zu gelangen. Per Saldo stiegen die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland seit 1991 stärker als in Westdeutschland. Überdurchschnittliche Teuerungsraten im Vergleich zum alten Bundesgebiet verzeichneten insbesondere die Warengruppen Wohnungsnutzung (einschließlich Haushaltsenergie), Gesundheitspflege und Bildungswesen. Unterdurchschnittlich stiegen dagegen die Preise für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe sowie Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte (vgl. Abb. 2).

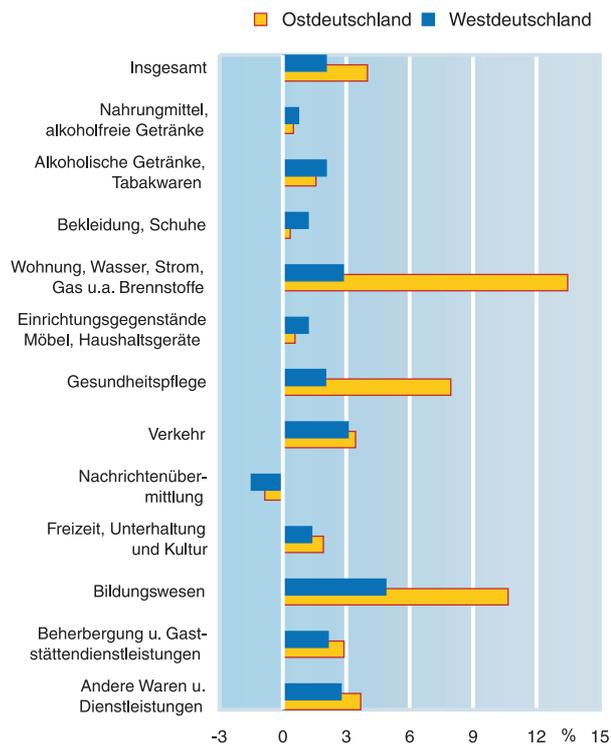
... und anderer Verbrauchsstrukturen

Auch Warenkorb und Verbrauchsstruktur waren in Ostdeutschland aufgrund des unterschiedlichen Güterangebots und Kaufverhaltens sowie der niedrigen Haushaltseinkommen zunächst anders als in Westdeutschland. Im Zuge der Preisanpassungen, des erweiterten Warenangebots und der expansiven Einkommensentwicklung musste es hier rasch zu deutlichen Revisionen kommen. Bereits im Juli 1991 wurde der Preisindex für Ostdeutschland auf der Grundlage eines überarbeiteten Warenkorbs neu berechnet. Dabei wurden rund 230 Erhebungspositionen gestrichen und mehr als 280 Güter in die Preisbeobachtung aufgenommen (Statistisches Bundesamt 1991). Im Februar 1992 wurde das Wägungsschema, das zuvor noch auf den ostdeutschen Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1989 beruht hatte, auf die Basis des ersten vollen Jahres nach der Einführung der D-Mark (d.h. 2. Halbjahr 1990, 1. Halbjahr 1991) umgestellt (Statistisches Bundesamt 1992). Zu weiteren Revisionen von Warenkorb und Wägungsschema kam es bei den turnusmäßigen Wechseln der Preisbasis in den Jahren 1995 und 1999. Das gegenwärtig aktuelle Wägungsschema für die ostdeutsche Lebenshaltung (auf der Preisbasis 1995) unterscheidet sich immer noch etwas von der westdeutschen Ausgabenstruktur. Der in den neuen Bundesländern einstmals sehr geringe Wägungsanteil für die Wohnungsnutzung⁶ und die Haushaltsenergie (1989: 5,5%) ist zwar deutlich gestiegen, er ist mit

⁶ Angaben für 1989 ohne unterstellte Mietzahlungen für selbstgenutzte Eigentumswohnungen.

Abb. 2

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
Durchschnittliche Preisänderung in % p.a. (1991-2000)



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Warengruppen (1995=100).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

24,3% aber um knapp 4 1/2 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland (vgl. Tab. 1). Umgekehrt ist der einstmals außerordentlich hohe Ausgabenanteil für Nahrungs- und Ge-

Tab. 1
Wägungsschemata (1995 = 100) für West- und Ostdeutschland^{a)}

	Westdeutschland (I)	Ostdeutschland (II)	Differenz (I-II)
	in %		in %-Punkten
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,71	14,71	- 2,00
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	4,04	4,90	- 0,86
Bekleidung und Schuhe	6,77	7,00	- 0,23
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	28,70	24,31	4,40
Einrichtungsgegenstände, Möbel, Haushaltsgeräte	6,65	8,47	- 1,82
Gesundheitspflege	3,64	1,88	1,76
Verkehr	13,66	14,47	- 0,82
Nachrichtenübermittlung	2,29	2,21	0,08
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,06	11,13	- 1,07
Bildungswesen	0,60	0,86	- 0,26
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,88	4,11	0,76
Andere Waren und Dienstleistungen	6,01	5,96	0,06
Insgesamt	100,0	100,0	-

a) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Angaben gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

nussmittel (1989: 38,6%) in Ostdeutschland mit 19,6% noch um knapp 3 Prozentpunkte höher als im Westen.

Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland immer noch höher als im Westen

Trotz des durchschnittlich höheren Preisanstiegs in den neuen Bundesländern blieb das *Verbraucherpreisniveau* insbesondere wegen der hier nach wie vor geringeren Mietzahlungen niedriger als im Westen. Nach einer Zusatzerhebung des Statistischen Bundesamts im Rahmen des Mikrozensus zur Wohnsituation bezahlten Mieter in den neuen Bundesländern im Jahr 1998 im Mittel 571 DM für die Wohnungsnutzung, während die Mietaufwendungen in Westdeutschland bei durchschnittlich 789 DM lagen. Pro Quadratmeter gerechnet mussten im Osten durchschnittlich nur 9,53 DM gezahlt werden, im Westen dagegen 11,11 DM. Umfassende amtliche Angaben für den zwischenörtlichen Preisvergleich in Deutschland gibt es allerdings nur für das Stichjahr 1993. In Ergänzung zur amtlichen Statistik hat das ifo Institut deshalb für den Zeitraum 1991 bis 2000 regionale Verbrauchergeldparitäten berechnet und für die Entwicklung im laufenden Jahr abgeschätzt.⁷ Die in Tabelle 2

ausgewiesenen Verbrauchergeldparitäten geben an, welche DM-Beträge seit 1991 erforderlich waren, um einen Warenkorb (bestimmter Qualität), der in Westdeutschland 100 DM kostet, in Ostdeutschland zu kaufen. Der Kehrwert der Verbrauchergeldparität ist ein Maß für das *Kaufkraftgefälle* der D-Mark zwischen den beiden deutschen Teilregionen. Im laufenden Jahr dürfte die Kaufkraft der D-Mark in den Händen der ostdeutschen Verbraucher nach der hier vorliegenden Quantifizierung immer noch rund 8 1/2% höher sein als beim westdeutschen Konsumenten. Seit dem Start der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vor mehr als zehn Jahren hilft das positive Kaufkraftgefälle, die Disparitäten zwischen den nominalen Haushaltseinkommen in realer Rechnung spürbar zu verringern.

Abgeschlossen am 7. Juni 2001

Literatur

Landau, B. (2000), »Kerninflationsraten: Ein Methodenvergleich auf der Basis westdeutscher Daten«, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, *Diskussionspapier* 4/00, August.
 Nierhaus, W. (1991), *Entwicklung der Realeinkommen ausgewählter Haushalte in den neuen Bundesländern*, Einzelschrift des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, München.
 Nierhaus, W. (1997), »Wie stark ist die D-Mark in Sachsen? – Ein Kaufkraftvergleich mit Westdeutschland«, *ifo Dresden berichtet* 4 (2), 10–15.
 Statistisches Bundesamt (1991), *Mitteilung für die Presse* vom 11. Juli.
 Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (1992), *Preise*, Heft 56, Februar.
 Statistisches Bundesamt (2000), *Mitteilung für die Presse* vom 10. April.
 Statistisches Bundesamt (2001), *Mitteilung für die Presse* vom 11. Mai.
 Wynne, M.A. (1999), »Core Inflation: A Review of Some Conceptual Issues«, European Central Bank, *Working Paper* No. 5.

⁷ Grundlage der Berechnungen war der zwischenörtliche Vergleich des Verbraucherpreisniveaus des Statistischen Bundesamts im Jahr 1993. Die Einzelergebnisse wurden auf Ebene der SEA-Hauptgruppen zusammengewogen und mit den jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten der amtlichen Verbraucherpreisindizes (auf der Preisbasis 1991) bis zum Jahr 1998 fortgeschrieben bzw. bis 1991 zurückgerechnet. Aufgrund der Umstellung der amtlichen Preisstatistik auf die nunmehr international gültige COICOP-Abgrenzung und des Wechsels des Preisbasisjahrs auf 1995 konnten die Angaben für die Jahre 1999 bis 2001 nur noch überschlägig berechnet werden. Zur Methodik im Detail siehe Nierhaus (1997).

Tab. 2
Entwicklung der Verbrauchergeldparität und der Kaufkraft in Ostdeutschland

	Verbrauchergeldparität ^{a)}	Kaufkraftgefälle ^{b)}
1991	76,3	31,1
1992	85,7	16,7
1993	90,3	10,8
1994	90,9	10,0
1995	91,1	9,8
1996	91,6	9,1
1997	92,0	8,7
1998	92,3	8,4
1999	92,0	8,7
2000	91,7	9,0
2001 ^{s)}	92,0	8,7

^{a)} Geometrisches Mittel der Verbrauchergeldparitäten nach ostdeutschem bzw. westdeutschem Warenkorb (Fisher-Verbrauchergeldparität); Westdeutschland = 100. – ^{b)} Erforderlicher Zuschlag in % auf Geldbeträge in Ostdeutschland zum Ausgleich von Kaufkraftverlusten, die bei einer hypothetischen Einkommensverwendung in Westdeutschland entstehen. – ^{s)} Schätzungen des ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.